

Wahlprüfsteine „Wetterau im Wandel“

Die LINKE. Wetterau freut sich über diese detailreichen Wahlprüfsteine.

Doch zur „Wetterau im Wandel“ gehören unseres Erachtens nicht nur vorrangig ökologische Themen. Dazu gehören unbedingt soziale Themen, wie die Gesundheitsversorgung im Wetteraukreis und die Zukunft des GZW, die Armut von 15 Prozent unserer Einwohner/innen, die Wohnungsnot bei Mietwohnungen im unteren Preissegment, die Lage der Menschen mit Behinderungen im Wetteraukreis und das Thema Integration von Geflüchteten. Der Wandel in diesen Themenbereichen erscheint uns für die Zukunft der Wetterau sehr wichtig.

Auf Ihre Fragen antworten wir wie folgt:

Frage 1: Vorgaben zu CO²-Emissionen

Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, muss der Kohlendioxidausstoß pro erzeugter Kilowattstunde drastisch verringert werden. Dies kann nur durch eine Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien gelingen. Hessen bleibt beim Ausbau der erneuerbaren Energien zurück und belegt aktuell nur Platz 14 im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

DIE LINKE will einen vollständigen Kohleausstieg bis spätestens 2035 (Konzept von 2017). Es muss ein nationales Kohleausstiegsgesetz geben: Der schrittweise Kohleausstieg beginnt sofort. Wir wollen, dass die Bundesrepublik den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden.

Verkehr ist in Deutschland für ein Fünftel des Treibhausgases CO² verantwortlich.

Verbrennungsmotoren die auf den fossilen Energieträger Erdöl angewiesen sind, gehören der Vergangenheit an. Erdöl ist eine endliche, konfliktbehaftete Ressource.

Gemäß dem Motto „global denken – lokal handeln“ sollte sich eine zukunftsfähige, kommunale Verkehrspolitik daher unter anderem stark an der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen orientieren.

DIE LINKE will daher die gezielte Förderung von Alternativen wie z.B. Elektromobilität oder Wasserstoffantriebe durchsetzen. Im Öffentlichen Nahverkehr müssen Busse, Taxen und Bahn auf diese alternativen Antriebstechniken umgerüstet werden. Integrierte regionale Verkehrskonzepte sind nötig: Der Rhein Main Verkehrsverbund muss ALLE Verkehrsmittel in ein Konzept integrieren.

Frage 2: Verkehr

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Mobilitätsgarantie erhalten, um auch außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil zu sein.

Dafür brauchen wir einen flächendeckend ausgebauten, rund um die Uhr gut getakteten ÖPNV.

Wir wollen die Preise im ÖPNV deutlich senken und streben dabei einen Nulltarif an.

Dies kann erreicht werden, indem die Regionalisierungsmittel entsprechend erhöht werden und dies kann durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen für den Autoverkehr gegenfinanziert werden.

Neue solidarische Finanzierungsmodelle könnten beispielsweise auch eine Umlagefinanzierung durch Gewerbe und Arbeitgeber und/oder ein Bürgerticket darstellen, das preislich deutlich unter den heutigen Monatskarten liegen müsste sowie einer stärkeren Bezuschussung aus Steuermitteln.

Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Förderung des Bundes, vor allem die Regionalisierungsmittel, erhalten und dynamisch erhöht wird. Das Land Hessen muss, wie andere Bundesländer auch, in ausreichendem Maße eigene Landesmittel für die Förderung des ÖPNV bereitstellen. Die Kapazitäten müssen erhöht werden.

Wir wollen eine bessere Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung im ÖPNV. Lohndumping muss bekämpft werden. Beschäftigten müssen ausreichende Erholungszeiten zugestanden werden, Warte- und Wendezeiten dürfen nicht als Pausenzeit angerechnet sein.

Die Elektromobilität wollen wir vor allem als Schienenverkehr und durch Kaufprämien für Pedelecs, eBikes und Lastenräder fördern. Insbesondere die öffentliche Verwaltung sollte auf ressourcenschonende E-Mobilität umgestellt werden. Zuschüsse für eAutos sind für Handwerker, soziale Dienste und Taxen sinnvoll.

Die Bahn muss wieder ein attraktives Personenverkehrsmittel werden!

Viele Bahnhöfe in Hessen sind in einem schlechten Zustand. DIE LINKE will ein hessenweites Modernisierungskonzept für Bahnhöfe. Zentraler Bestandteil davon muss die Barrierefreiheit sein.

Wir halten integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichteren Umstieg im Berufs- und Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote für sinnvoll.

Radverkehr, motorisierter Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb müssen miteinander vernetzt werden. Das gilt besonders für ländliche Räume. DIE LINKE setzt sich

für eine Ausweitung des stationären Carsharings durch finanzielle Förderung, Beratung und Bereitstellung von Flächen ein.

Auf Hessens Straßen und Autobahnen nehmen LKW-Transporte und motorisierter Individualverkehr zu. Für die kommenden Jahre sehen die Prognosen Steigerungen im hohen zweistelligen Bereich voraus. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist notwendig, aber nicht ausreichend: Die Raumordnungsplanung muss so geändert werden, dass lärmintensive Fernverkehrstrassen nicht durch Wohngebiete führen und Nachtfahrverbote für LKW auf Landstraßen bestehen. Die Zulassung von GigaLinern (überlange LKW) lehnen wir ab. Ebenso lehnt DIE LINKE den weiteren Ausbau von Autobahnen in Hessen ab. Zudem wollen wir eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h für PKW auf allen hessischen Autobahnen.

Durch Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe können unsinnige bzw. vermeidbare Transportfahrten vermieden und Verkehr reduziert werden. Einkaufsmöglichkeiten sollten nicht weiter auf die „grüne Wiese“ verlegt werden. Jeder Straßenneubau im Wetteraukreis ist kritisch zu prüfen. Allgemein gilt der Grundsatz: Verkehr vermeiden ist besser als Verkehr verlagern.

Wir sind für den Ausbau neuer Bahnstrecken. Dazu gehört auch der Bau einer Nahverkehrstrasse der Main-Weser-Bahn bis Friedberg. Stillgelegte Strecken sollen wieder in Betrieb genommen werden. Wir haben für die Wiedereröffnung der Horloffbahn gestimmt und würden auch einer Bahn bis Gedern zustimmen.

Die Anwohnerinnen und Anwohner brauchen jedoch einen wirksamen Lärmschutz.

Eine sehr sinnvolle Form von Elektromobilität ist der Schienenverkehr. Wir setzen uns für ein Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung der bisher von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken in Hessen ein. (Im Bahnland Schweiz ist fast die komplette Schieneninfrastruktur elektrifiziert, in Deutschland nicht einmal zwei Drittel.)

Die zunehmende Nutzung von immer größeren Autos (SUVs) belastet die Städte. Sie stellen eine große Gefahr für andere Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer dar, sind besonders umweltschädlich, lärmverursachend und nehmen viel Platz im öffentlichen Raum ein. Die gemeinschädliche Nutzung von SUVs aufgrund von Statusbedürfnissen ihrer Nutzerinnen und Nutzer lehnt DIE LINKE ab und fordert ein Fahrverbot für SUVs in Innenstädten.

DIE LINKE will den Erhalt, Bau und Ausbau des Radwegenetzes in Hessen und Projekte zur Ausweitung des Radverkehrs wie z.B. durch Fahrrad-Parkhäuser und erweiterte Fahrrad-

Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV. Fahrradleihsysteme sollten in die Verkehrsverbünde integriert werden. Zudem sollen Fahrradkurse für Erwachsene besser gefördert werden. In der Wetterau wollen wir den Ausbau des Radwegenetzes, eine Verbesserung der oft schlechten Beschilderung, das schnellstmögliche Schließen inner- und außerörtlicher Lücken im Radwegenetz. Vor allem sollen größere Umwege und Umfahrungen vermieden werden. Das bedeutet, dass der mehr als überfällige Ausbau und die Sanierung der Wetterauer Fernradwege vorangetrieben werden.

Frage 3: Energie-Effizienz

Erneuerbare Energien sind begrenzt und wertvoll – eine sparsame Nutzung daher unverzichtbar. Der Leitsatz „Efficiency First“, der 2015 von der EU-Politik kam und 2017 von der Bundesregierung übernommen wurde, ist bislang noch wenig konkret. Hinter „Efficiency First“ steht der Gedanke, dass jede eingesparte Kilowattstunde billiger zu haben ist als ihre Erzeugung, auch wenn dafür zunächst investiert werden muss. Grundsätzlich müssten also Einsparmöglichkeiten immer vorrangig geprüft werden. Ein Energieeffizienzgesetz könnte dabei hilfreich sein.

In der Verkehrspolitik ist Effizienz ein Fremdwort. Hier gilt seit Jahrzehnten das Motto: mehr, größer, schneller. Hier muss umgesteuert werden mit einem intelligenten Mix aus strikten Grenzwerten und deren Kontrolle, Beratung, gezielter Förderung energieeffizienter Technologien sowie Abbau von Privilegien für Energieverschwender.

Wir brauchen mehr unabhängige, qualifizierte und zertifizierte Energieberaterinnen und -berater. Dazu braucht es eine Ausbildungsoffensive. Energieberatung sollte eine fachgerechte und kostengünstige energetische Sanierung sowie eine energiesparende Nutzung der sanierten Wohnungen und Häuser zum Ziel haben – sowohl für Vermieter als auch für Mieter. Öffentliche Gebäude sollten energetisch vorbildhaft sein.

Zur Effizienzpolitik gehört dort, wo es sinnvoll ist, der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme.

Die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude darf nicht Haushalts-Sparmaßnahmen geopfert werden, sondern sollte ambitioniert vorangetrieben werden.

Unternehmen müssen mit verbindlichen gesetzlichen Vorgaben zur Minimierung des Energieverbrauchs geführt werden, Effizienz-Management-Systeme, sogenannte Energie-Audits und ihre Umsetzung, sollten verpflichtend sein.

Die Steigerung der Energieeffizienz alleine führt allerdings nicht automatisch zu einem geringeren Energieverbrauch. Neben der Steigerung der Energieeffizienz sollten auch feste Verbrauchsobergrenzen („caps“) festgelegt werden. In einem ersten Schritt hieße dies: ein klares Ziel zur Senkung des absoluten Energieverbrauchs, statt „nur“ die Steigerung der Energieproduktivität in den Blick zu nehmen.

Neben neuer Technik, Investitionen und Grenzwerten muss es auch um einen Wandel der Lebensstile gehen. Dies ist nicht allein Aufgabe jedes Einzelnen, sondern hängt von politischen Rahmenbedingungen ab. Mehr soziale Sicherheit und mehr Zeitwohlstand würden ein Leben mit mehr individuellen Freiräumen, aber weniger Konsum- und Erwerbsdruck ermöglichen.

Frage 4: Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien

Die Versorgung mit Energie muss Arbeitsplätze schaffen, klimaschonend und gleichzeitig bezahlbar sein. Das sind die zentralen Herausforderungen.

DIE LINKE setzt sich daher für einen sozial-ökologischen Umbau ein und für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien.

Dieser Umbau muss dazu beitragen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Auch die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen selbst muss den Grundsätzen der Ressourcenschonung und der Reduzierung des Energieverbrauchs folgen.

Die Energiewende und der Klimaschutz sind keine Fragen des technisch Machbaren, sondern des politischen Willens.

Als Mehrheitseigner der OVAG hat der Wetteraukreis umfassende Einflussmöglichkeiten auf die kommunale Energieversorgung. Wir wollen, dass diese Möglichkeiten im Sinne einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung genutzt werden!

Für den Klimaschutz und für dauerhaft bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler Brennstoffe am Energieverbrauch drastisch gesenkt werden. Eine hundertprozentige Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien ist möglich. Bis 2040 ist dies auch für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen.

Für Hessen liegen die Schwerpunkte bei der Nutzung von Wind- und Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse aus Abfällen. Eine großräumige Vernetzung der verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert eine hohe Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Ausschreibungspflicht für

kleine Investitionsvorhaben in Erneuerbare-Energie-Projekte muss eingeschränkt werden, in dem die Bagatellgrenzen deutlich angehoben werden.

Kommunale Projekte unterstützt DIE LINKE., insbesondere wenn sie dezentral organisiert und mit Bürgerbeteiligung finanziert sind. Wir würden es begrüßen, wenn Hessenforst dafür pachtfrei öffentliche Flächen bereitstellen würde.

Die hessische Bauordnung ist dahingehend zu überarbeiten, dass sogenannte Solarsatzungen wieder möglich werden. Die Dächer von öffentlichen Gebäuden sollen für Solaranlagen genutzt werden.

Erste Maßnahme eines Kohleausstieg in Hessen wäre die endgültige und vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger. Danach müssen bis 2035 alle weiteren Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die Konzerne müssen frühzeitig eine Neuausrichtung der Unternehmen einleiten und die Beschäftigten sozial absichern. Ein planmäßiger Ausstieg ist auch deshalb notwendig, damit durch weitere gezielte Investitionen in erneuerbare Energien neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Energiewirtschaft muss demokratisiert, dezentralisiert und kommunalisiert werden! Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen Gemeinden als wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle beim Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung zu spielen, wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der hessischen Gemeindeordnung verankern. Privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Kommunen überführt werden. Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir fördern und unterstützen. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen.

In der Wetterau wurden zahlreiche neue Biogasanlagen gebaut. Wir befürworten den Bau von kleinen Biogasanlagen, wenn Genossenschaften oder bäuerliche Zusammenschlüsse die Betreiber sind. Großanlagen mit hohem Bedarf an (importierter) Biomasse sehen wir kritisch. Den Anbau von Nutzpflanzen in Monokultur und allein zur Energiegewinnung, lehnen wir ebenso ab wie Biomasse, die nicht aus der Wetterau oder der Region kommt (z.B. in Berstadt: Hühnermist aus Holland).

Mit der Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und Planungsrecht, der Landnutzung, aber auch im Alltag der Menschen verbunden. Auch hier heißt es, auf allen Ebenen mehr Demokratie wagen. Damit kann auch die lokale Akzeptanz für den Ausbau von Anlagen und Netzen verbessert werden.

Flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für alle Privathaushalte angeboten werden. Für Haushalte mit niedrigen Einkommen sind Hilfen für die Anschaffung energiesparender Haushaltgeräte und Heizungen erforderlich.

Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden. In den letzten Jahren sind die Energiekosten für private Haushalte erheblich gestiegen. Großabnehmer werden eher entlastet. Um diese Entwicklung zu stoppen, fordert DIE LINKE die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle.

DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur bei den Grundversorgern ein. Ein Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch werden Kosten entsprechend dem Verbrauch erhoben. Bis zur Durchsetzung dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden. Stromabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören. Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht!

Hessen soll Energiegenossenschaften unterstützen und fördern. Energiedörfer und Energiegenossenschaften, in denen Bürger gemeinsam für eine dezentrale Versorgung mit erneuerbarer Energie aktiv werden, gilt es zu unterstützen und zu fördern, um weitere solche Projekte in ganz Hessen anzuregen. Neben Windkraft ist die Installation von Solaranlagen auch auf privaten Flächen sowie auf Dächern privater Gebäude und Eigenheime zu fördern und durch zinslose Kredite finanziell zu unterstützen.

Auch Energieeinsparungen schonen die Ressourcen. Finanzielle Anreize zum Bau von Niedrigenergiehäusern und energetischen Sanierungen halten wir für sinnvoll. Dies gilt auch für kommunale Gebäude. Dabei können Bürger/innen einbezogen werden – beispielsweise bei der Finanzierung und Betreuung von Heizungsanlagen, die für einen gerechten Preis Wärme liefern. Die Förderung bei Privatgebäuden sollte daran gebunden sein, dass nach der Sanierung nicht die Miete erhöht wird. Wichtig ist auch, dass natürliche Dämmstoffe verbaut werden. Blockheizkraftanlagen und Fernwärme müssen bei Neubaugebieten Standard sein und sollten in den Bebauungsplänen festgeschrieben werden.

Am preiswertesten und klimafreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die erst gar nicht bereitgestellt werden muss. Dazu sind staatliche Fördermaßnahmen, aber auch gesetzliche Vorgaben für Einsparung und die Senkung des Materialaufwands sowie die Erhöhung der Lebensdauer von Produkten notwendig.

Frage 5: Landwirtschaft

Landwirtschaft gehört zu den Schlüsselbereichen des sozial-ökologischen Umbaus. Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume soll regionale Wertschöpfung befördern, existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen, Klima und Ressourcen schützen und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung wirken.

DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Eine unsere Lebensgrundlagen zerstörende Landwirtschaft darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Lebensmittel müssen sozialer und umweltschonender produziert und faire Erzeugerpreise garantiert werden. Dazu müssen alle erbrachten ökologischen Leistungen, wie Grundwasserschutz, Schutz der biologischen Vielfalt und Klimaschutz von der Gemeinschaft honoriert werden.

Ob krebserregend oder nicht - Glyphosat hat in Muttermilch, Nahrungsmitteln, Trinkwasser oder im Boden nichts verloren. Der Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat oder Neonicotinoiden hat einen großen Anteil an der ökologischen Katastrophe des Insektensterbens. Mit jeder Pflanzenart, die auf dem Acker verschwindet, entziehen wir weiteren Insektenarten die Nahrungsgrundlage.

Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus Landwirtschaft und Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn weniger tierische Produkte hergestellt werden, können die Klimaziele erreicht werden. Rechnet man den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zu (z.B. Klimakosten, Grundwasserschäden, Bodendegradation, Hochwasserschutz u.a.), sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

DIE LINKE will öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden und komplett transparent machen. Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische sondern auch an soziale Kriterien gebunden werden.

Der Ökolandbau soll besser gefördert und ausgebaut werden. Anreize müssen in Richtung Bauernhöfe und nicht zu Agrarfabriken gehen. Das würde auch die Nitratbelastung im Grundwasser verringern.

Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte sollte öffentlich gefördert werden. Das könnte sein: Schulessen aus regionalem Anbau, Gastronomie der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen bei der Nutzung regionaler Produkte unterstützen, Bauernmärkte subventionieren.

Die Produktion von Lebensmitteln muss Vorrang vor der Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung haben aber auch vor der Gewinnung von Treibstoffen.

Die soziale Situation der Landwirte ist zu schützen, z.B. durch eine Verbesserung der Alterssicherung der Landwirtinnen und Landwirte und mittelfristig deren Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der großen Agrarkonzerne geschützt werden

DIE LINKE will keine Massentierhaltung in Tierfabriken. Qualzuchten zur Erhöhung von Fleisch- oder Milchmengen oder eine Verkürzung von Zuchtzyklen aus ökonomischer Sicht sind zu verbieten. Tiertransporte sollen weitgehend vermieden werden und wenn nötig, sind sie stressfrei zu gestalten. Es muss regelmäßig kontrolliert werden, dass die gesetzlichen Vorschriften in Mastbetrieben, beim Transport sowie bei der Schlachtung eingehalten werden. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft ist zwingend auf notwendige Behandlungen zu begrenzen.

Frage 6: Bodenschutz

Die Böden sind grundlegend für das Klima. Sie binden über die darauf wachsenden Pflanzen CO². Sie sind wichtig für den Wasserhaushalt als Speicher und Filter, für die Artenvielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, für die Ernährung, für nachwachsende Rohstoffe und für zahlreiche weitere Nutzungszwecke. Grundlage ist die Gewährleistung der natürlichen Funktionsfähigkeit, die zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit beiträgt und so auch Schutz vor Erosion bietet. Katastrophen wie Hochwasser stehen in direktem Zusammenhang mit dem Zustand der Böden.

Bodenschutz kontra Flächenverbrauch, dies ist eine Herausforderung für Kommunen. Der Flächenverbrauch muss dringend begrenzt werden, indem flächensparende Bauweisen bevorzugt werden, indem zuerst Baulücken bebaut werden, indem Gebäude besser ausgenutzt werden. Auch Entsiegelung und Rückbau gehören in den Fokus kommunalen Handelns.

Die künftige Siedlungsentwicklung läßt sich mit Raumplanung und Lenkungsinstrumenten regulieren. Mittels Bodenbewertungsverfahren und Flächenmanagement können gerade die Kommunen direkt zu Bodenschutz und Flächeneffizienz beitragen. Es ist darauf zu achten, dass Gewerbeflächen nicht auf wertvollen Ackerböden genehmigt werden.

Frage 7: Wasserschutz

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Grundrecht. Die Wasserversorgung gehört in Öffentliche Hand. DIE LINKE spricht sich mit Nachdruck gegen jegliche Privatisierung der Wasserversorgung aus.

In der Wetterau ist der ZOV (Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe) für die Wasserversorgung zuständig. Gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis und dem Landkreis Gießen wird die Wasserförderung betrieben. Hauptgeschäft ist die Belieferung Frankfurts mit Trinkwasser. Wir sind sozusagen Zwischenhändler für Wasser aus Mittelhessen in die Metropole Frankfurt.

Um die Ressourcen zu schützen und nachhaltig Wasser zu fördern, will DIE LINKE. Wetterau Interessenverbände der Wassererzeuger, wie die Schutzgemeinschaft Vogelsberg stärken. Das meiste Wasser wird im Vogelsberg entnommen. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Raubbau bei der Wasserförderung.

Der Wetteraukreis ist 2011 aus der Schutzgemeinschaft ausgetreten. Stattdessen bestehen Begehrlichkeiten, dass die OVAG Mitglied in der Schutzgemeinschaft wird und damit als Wasserförderer Einfluss auf die Entnahmemenge bekommen könnte. Eine solche Lobby-Mitgliedschaft lehnt DIE LINKE ab.

Durch den Klimawandel kommt es zukünftig vermehrt zu trockeneren Sommern. Schon seit geraumer Zeit fallen zunehmend Quellen im Vogelsberg und Zuflüsse der Nidda trocken. Diese Entwicklung darf nicht noch durch eine unkontrollierte Wasserentnahme verschärft werden.

Dafür setzt sich DIE LINKE. ein:

Der Wetteraukreis braucht ein Wasserkonzept. Es muss sicher gestellt werden, dass die Wasserreserven schonend genutzt werden und die hohe Trinkwasserqualität erhalten bleibt. Eigene Wasserressourcen haben Vorrang vor Zukauf.

Die Stadt Frankfurt muss aufgefordert werden, eigene Wasserressourcen zu nutzen. Dazu gehört die Aufbereitung von Mainwasser, die Nutzung und nicht die weitere Stilllegung eigener Brunnen, der Ausbau und die Förderung von Brauchwasserkreisläufen und die Bewässerung öffentlicher Anlagen mit diesem Brauchwasser.

Regenwasseranlagen und Rückhaltespeicher in Privathaushalten sind zu fördern. Die landwirtschaftliche Nutzung von Grundwasser ist zu beschränken.

Flächenversiegelungen sollen vermieden werden. Eine Beratung Land- und Forstwirt*innen zum sachgerechten Umgang mit nitrathaltigen und anderen Düngemitteln ist sinnvoll.

Frage 8: Zersiedelung und Flächenfraß

Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind unversiegelte Böden der drittgrößte Speicher für gefährliche Treibhausgase. Auch in Hessen muss der Flächenverbrauch reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und mehr unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume geschaffen werden. Das gilt nicht nur für das UNESCO Biosphärenreservat Rhön und die Nationalparkflächen.

DIE LINKE will die Neuversiegelung von Böden deutlich verringern. Flächen, die für den Wohnungsbau nötig werden, sind verdichtet zu bebauen statt mit flächenfressenden Einfamilienhäusern. Ab 2030 sollten Neuversiegelungen durch eine mindestens gleich große Flächenentsiegelung an anderer Stelle (Rückbau nicht mehr benötigter Verkehrsflächen, Gewerbe- und Siedlungsflächen etc.) ausgeglichen werden.

Frage 9: Resilienz

Bei der Stadtentwicklung und Flächennutzung müssen Bebauung und ausreichend Freiflächen und Frischluftschneißeln gleichermaßen eingeplant oder neu geschaffen werden. Zugebaute Flächen wärmen sich mehr auf.

Zuvorderst ist so zu planen, dass sparsam mit den Flächen umgegangen wird, z.B. weg von flächenzehrenden Einfamilienhäusern, hin zu Habitaten oder Miethauskonzepten in der Bauhaustradition. Frei- und Naherholungsflächen sind immer mit einzuplanen.

Waldgebiete gehören geschützt, ebenso wie Wasserflächen und Wasserläufe.

Überlauflächen entlang der Flüsse sollen nicht bebaut werden.

Frage 10: Plastikverbrauch

Der Vorstoß der EU zur Eindämmung des Plastikmülls ist begrüßenswert. Schaut man aber auf die Details, bleiben erhebliche Zweifel. Das Plastikmüllproblem lässt sich nicht durch Sanktionen bei Wattestäbchen und Strohhalmen lösen.

Verantwortlich für die dramatische Situation in den Weltmeeren ist eine Verpackungsindustrie und Logistik, für die es seit Jahrzehnten immer lukrativer wurde, sämtliche Konsumgüter in Plastik einzupacken. Mit den Plänen zu einer Plastiksteuer, bei der die Mitgliedsstaaten rund 80 Cent pro Kilo nicht recyceltem Plastikabfall an die EU zahlen sollen, werden dann aber Steuerzahler anstatt der verantwortlichen Industrie zur Verantwortung gezogen. Dass Gewinne immer privatisiert und die Schäden dann vom Steuerzahler getragen werden sollen, finden wir unerträglich.

Ökonomisch leistbare Plastiksartierung beim Recycling scheitert, wenn Plastik mit Papier oder Metall zusammen verarbeitet wird. Das Problem lässt sich allein über Abgaben nicht lösen. Dabei hat die EU schon seit Jahren Instrumente parat. Über die Ökodesignrichtlinie hätte den Plastikverpackungen schon längst der Garaus gemacht werden können, über die Abfallrahmenrichtlinie wäre die Menge des Abfalls reduzierbar.

DIE LINKE fordert eine Ressourcenabgabe auf die Verwendung von Plastik, die der Hersteller zu zahlen hat. Wenn Verpackungen aus Plastik gegenüber möglichen Alternativen zu teuer werden, schwenken die Hersteller von ganz alleine um.

In Kosmetika gehören Plastikpartikel verboten. Sie sind ein ständig wachsendes Problem für die Gewässer, die Tiere und über die Nahrungskette auch für die Menschen.

Frage 11: Biodiversität

Die Artenvielfalt geht auch in Hessen immer weiter zurück. Erst sterben die Insekten, dann die Vögel. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie werden in Hessen deutlich verfehlt. Um diesen Prozess umzukehren, muss die immer weitere Zerstörung von Lebensräumen gestoppt werden. Dazu brauchen wir einen sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Verkehrsinfrastruktur sowie der industriellen Produktion. Dazu haben wir auch schon weiter oben argumentiert.

DIE LINKE will die bestehenden Naturschutzgebiete erhalten und ihre Schutzfunktion stärken, bestehende Lebensräume in Biotopverbänden zusammenfügen, um Wanderungen von Arten und damit auch eine Reaktion auf den Klimawandel zu ermöglichen und den Umwelt- und Naturschutz als Landesaufgabe mit mehr Personal ausstatten. Wir begrüßen ausdrücklich die Schutzmaßnahmen in der Wetterau, wie den Auenverbund. Es ist ein gutes Beispiel für wirksamen Naturschutz. Wir setzen uns für weitere Biotopverbände ein.

Frage 12: Bildung

Selbstverständlich müssen Ökologie und globale Zusammenhänge Eingang in die Curricula hessischer Schulen finden. Möglich ist das in den Gesellschaftswissenschaftlichen Fächern aber auch in Physik, Chemie und im berufsorientierten Unterricht. Wir setzen uns für das Fach Arbeitslehre ein und sehen hier einen guten Platz für umweltbewusste Erziehung. Eine gute politische Bildung und das Verständnis der Zusammenhänge zwischen Natur und Gesellschaft macht fit, um die großen Probleme der Zukunft zu verstehen und anzupacken.

Frage 13: Förderung der regionalen Wertschöpfung

Eine Gewerbeansiedlung muss im Interesse aller realisiert werden. Die Gewerbeansiedlung in den Kommunen des Wetteraukreises kann nicht isoliert für jede einzelne Kommune betrachtet werden. Die Kämmerer der Städte und Gemeinden verfahren bisher nach dem Prinzip des Anlockens von Gewerbeansiedlungen mit immer neuen Dumpingpreisen für Gewerbegebietsflächen und leisten damit häufigen Umzügen von Unternehmen in die billigeren Kommunen nachhaltig Vorschub.

Für Folgendes setzt sich DIE LINKE. ein:

Kein Wettbewerb der Städte und Gemeinden untereinander um Gewerbeansiedlungen.

Keine Senkung von Steuern, Gebühren und Abgaben zum Anlocken von Unternehmen.

Die Kämmerer der Städte und Gemeinden werden aufgefordert gemeinsam eine Ansiedlungspolitik im gegenseitigen Miteinander für den gesamten Wetteraukreis zu verwirklichen. Der Kreis wirkt hierbei als Moderator.

Nachhaltig arbeitende Unternehmen sind von der Wetterauer Wirtschaftsförderung vorrangig anzusprechen.

Wie unter dem Punkt „Landwirtschaft“ beschrieben, sollen regionale Produkte auch regional vermarktet werden.

Frage 14: Fair gehandelte Produkte

Der Wetteraukreis tritt auch als umsatzstarker Einkäufer auf. Wir wollen, dass der Kreis bei Ausschreiben und Einkäufen für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit eintritt. Nach einer Reform der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es ausdrücklich erlaubt, soziale und ökologische Kriterien in die Vergabekriterien aufzunehmen. Leider enthält das hessische Vergabegesetz weder eine Festlegung für einen Mindestlohn, noch wird der Einsatz von Subunternehmen ausgeschlossen. Damit ist es ein Beispiel, wie ein Vergabegesetz nicht aussehen sollte. Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen müssen Tariflöhne zahlen und müssen den Kernforderungen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) genügen.

Bei der Vergabe kommunaler Aufträge und beim Einkauf des Wetteraukreises sind soziale und ökologische Kriterien besonders zu berücksichtigen. Hierzu sind verbindliche Mindeststandards in jeder öffentlichen Ausschreibung festzuhalten. Bei allen Ausschreibungen muss der Anbieter überprüfbar nachweisen, dass bei Erbringung der Leistung ein Stundenlohn von mindestens 12 € gezahlt wird. Beim Einkauf von Produkten ist sicherzustellen, dass bei der Produktion die Kernarbeitsnormen der ILO eingehalten wurden. Im Zweifel sind Produkte vorzuziehen, die über entsprechende Zertifikate

verfügen. Nur so kann verhindert werden, dass mit dem Geld der Wetterauer Bürger Sklaverei und Kinderarbeit gefördert wird. Die Beauftragung von Subunternehmen bei kommunalen Aufträgen ist auszuschließen.

Frage 15: Steuerflucht

In vielen Kommunen herrscht durch die permanente Unterfinanzierung ein erheblicher Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur. Das Geld fehlt etwa beim kommunalen Sozialwohnungsbau, zur Modernisierung der Kanalisation, der Sanierung von Straßen, für kommunale Einrichtungen wie beispielsweise Bürgerhäuser, Jugendtreffs, Schwimmbäder, Bibliotheken, Museen usw. Die Konsolidierung des Landeshaushaltes und somit die Konsolidierung der Haushalte der Landkreise und Kommunen kann nicht durch weiteres Sparen gelingen. Bürgerinnen und Bürger zahlen schon genug Steuern und kommunale Abgaben. Deshalb ist ein weiteres Drehen an der Schraube der Kommunalsteuern und -abgaben nicht hinnehmbar.

Eine ausreichende Finanzierung der Kommunen kann nur durch die Erhöhung der Steuereinnahmen auf hohe Vermögen, hohe Einkommen und Konzern- und Spekulationsgewinne gelingen. DIE LINKE fordert deshalb eine sozial gerechte Steuerpolitik ein: Starke Schultern sollen stärkere Lasten tragen.

DIE LINKE setzt sich ferner dafür ein, dass die Gewerbesteuerumlage der Kommunen an Bund und Länder abgeschafft wird. Die Gewerbesteuer soll in eine Gemeindefinanzierungssteuer umgewandelt werden, in der auch Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Diese Steuer ist an die Kommune zu entrichten, in der der steuerpflichtige Ertrag erwirtschaftet wurde, unabhängig davon, ob es sich um einen Hauptsitz oder eine Filiale handelt. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Eine moderate Vermögenssteuer von 1% auf Vermögen von über 500 000 € würde Hessen jährliche Steuermehreinnahmen von 1,5 Milliarden € bringen. Dies würde bedeuten, dass das Land Hessen einen mehr als ausgeglichenen Haushalt hätte und seine Kreise und Kommunen gut ausstatten könnte.

Der Wetteraukreis als Kommunalaufsicht muss selbst und für seine Kommunen alle Entscheidungen unter einer langfristigen Betrachtung der finanziellen Folgen betrachten: Sicherung der Nachhaltigkeit. Keine Verkäufe kommunalen Eigentums zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern. Keine so genannten Sale-and-lease-back-Projekte (Verkauf und Rückanmietung öffentlichen Eigentums). Keine „PublicPrivate-Partnership“-Projekte (PPP-Projekte) oder weiterer Beteiligungsgesellschaften, die eine Einschränkung der

Verfügungsgewalt bedeuten und langfristig oft teurer als öffentliche Lösungen sind. Verzicht auf teure Prestige-Projekte. Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Frage 16: Verantwortung für die Welt

Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ist keine rein nationale Aufgabe. Wir leben in einer Welt – und wir können nicht hinnehmen, dass acht reiche weiße Männer so viel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Wir können nicht hinnehmen, dass unser Konsum so hoch ist, dass pro Einwohner unseres Landes durchschnittlich 39 Arbeiter zu Niedrigstlöhnen und schaurigen Arbeitsbedingungen sklavengleich ausgebeutet werden. DIE LINKE setzt sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein: gegen so genannte Freihandelsabkommen, wie TTIP u.ä. Wir unterstützen die weltweit organisierte Cooperation gegen Bayergefahren im Kampf gegen die Saatgut- und Chemiekonzerne. Wir werben für bäuerliche und soziale Kooperativen und ihre nachhaltigen Produkte. Wir haben weiter oben aufgeführt, dass wir soziale Standards bei den Vergaberichtlinien wollen.

Wir unterstützen Arbeitskämpfe und antiimperialistische Bewegungen weltweit, die die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Menschen zum Ziel haben. Wir setzen uns mit Nachdruck für ein Verbot von Waffenexporten ein, für die Ächtung von Atomwaffen und wollen die Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden.